Heft 4-2020 | EUR 7,00 | C 12232 E

Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz









Frank Deppe: Linke in den Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Kurzarbeit/IGM-Tarifabschluss

Forum Gewerkschaften

Beiträge u.a. von

Sonja Staack, Marion Fisch, Feministisches Autor*innen-kollektiv, Wolfgang Müller, Joachim Bischoff, Björn Radke, Alban Werner, Gerhard Weiß

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion zwischen den monatlichen Printausgaben im Netz auf

www.Sozialismus.de

»Über den Flügel hinaus«

Die Führungs-Crew des vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften »Flügel« in der AfD hat die Gruppierung aufgelöst. »Schweren Herzens haben wir entschieden, dass sich die Wertegemeinschaft des Flügels gemäß dem Beschluss des Bundesvorstandes auflösen wird.«

Italien braucht die Unterstützung des ESM

Italien ist nach der Volksrepublik China das am stärksten von der Corona-Pandemie heimgesuchte Land. Als eine der dunkelsten Stunden des Landes bezeichnete Ministerpräsident Giuseppe Conte die Ausbreitung des Virus. Das Gesundheitswesen wird durch die hohe Zahl an schwer Erkrankten enorm belastet.

Kommunalwahlen in Zeiten der Seuche

Überschattet von der Virus-Epidemie gingen die Franzosen am 15. März zur Wahl. Die Börse hatte am Montag vor der Wahl mit -8,39% Tagesverlust den schwärzesten Tag seit 2008 erlebt.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent*innen und Leser*innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Heft Nr. 4 | April 2020 | 47. Jahrgang | Heft Nr. 450

Corona und die Folgen

Otto König/Richard Detje: Schutzschild mit Löchern. Betriebe schalten in den Krisenmodus, Beschäftigte zahlen mit Einkommensverlusten 2

Joachim Bischoff: Corona-Krise der Globalökonomie 4

Wolfgang Müller: China, der Coronavirus und die Weltwirtschaft 10

Detlef Umbach: Biden oder Trump! 15

Weltklima – kein Weiter so

Joachim Bischoff/Björn Radke: Green New Deal – Investitionsoffensive mit Zukunft 18

Das ganze Leben in den Blick nehmen

Feministisches Autor*innenkollektiv: Mehr Befreiung wagen DIE LINKE auf die Höhe ihrer Möglichkeiten bringen 25

Daphne Weber: Es muss um eine Befreiung *aller* gehen 27

Nina Eumann: Die Arbeiter*innenklasse heute 29

Bettina Gutperl: Für Brot *und* Rosen kämpfen 30

Petra Reichert: Krise im Care-Sektor. Gabriele Winkers Verknüpfung von Marxismus und Feminismus bei der Analyse von Sorgearbeit 32

Halbe-Halbe bei Geld, Zeit und Entscheidungsmacht! Gespräch mit Sonja Staack (DGB Berlin-Brandenburg) über Gleichstellung und Gewerkschaften 36

Extreme Rechte & die Mehrheit

Alban Werner: Gesellschaft der Ungleichzeitigkeit. Zu Barbarisierung und extrem rechter Gewalt in einem Umfeld gesellschaftspolitischer Liberalisierung 40

Marion Fisch: Toxische »Lektüren«. Zum Themenheft der neurechten »Sezession« und Benedikt Kaisers Rezeption linken Lesestoffs 46

Forum Gewerkschaften

Frank Deppe: Linke in Gewerkschaften – gestern und heute 50

Macht & Gewalt

Björn Wendt/Michael Walter/Marcus B. Klöckner: Machtstrukturforschung und Postdemokratie. Zu rAktualität von C. Wright Mills 61

Gerhard Weiß: Generalstreik und bewaffneter Kampf. Gegenbewegung gegen den Kapp-Putsch – für Republik, Demokratisierung und Sozialismus 65

Impressum | Tipps | Film

Impressum 63

Tipps 68

Klaus Schneider: Pelikanblut (Filmkritik) 69

Supplement

Hartmut Reiners
Gesundheit und Geld Ökonomisierung der Medizin | Anfälligkeiten des Gesundheitssystems | Wege zur Humanisierung

Halbe-Halbe bei Geld, Zeit und Entscheidungsmacht!

Gespräch mit Sonja Staack (DGB Berlin-Brandenburg) über Gleichstellung und Gewerkschaften



Foto: Sonja Staack

Sozialismus.de: *Die heutige Frauengeneration ist so gut ausgebildet wie noch nie zuvor, dennoch ist Gleichstellung in weiter Ferne. Welche Gründe siehst du dafür? Und wie stellen sich die Gewerkschaften auf die Probleme der Frauen ein?*

Sonja Staack: Bildungserfolge hin oder her: Frauen haben trotzdem nicht die gleichen Chancen. Es gibt strukturelle Effekte, die bewirken, dass sie weiterhin nicht den gleichen beruflichen Ein- und Aufstieg finden wie Männer. Da müssen verschiedene Themen zusammengedacht werden: Geld, Zeit und Entscheidungsmacht.

Zum ersten: Immer noch verdienen Männer im Bundesdurchschnitt 20% mehr als Frauen. In vielen typischen Frauenberufen wie der Pflege, in den Kitas oder auch als Verkäuferin sind die Entgelte viel geringer. Beim Einkommen muss endlich halbe-halbe gemacht werden.

Zum zweiten: Es geht zunehmend um das Thema Zeit, das in den Tarifkämpfen an Bedeutung gewonnen hat. Wir haben immer noch eine sehr ungleiche Verteilung der Arbeitszeit auf die beiden Geschlechter. Fast jede zweite Frau arbeitet in Teilzeit, die Männer nur zu 11% – mit weitreichenden Folgen: weniger Einkommen, weniger Chancen auf eine gute Rente, was im Alter auf die Frauen in aller Härte zukommt, und weniger Karrierechancen. Das hat etwas zu tun mit der unterschiedlichen Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern, der Aufteilung von privater Arbeit wie Pflege und Erziehung, also damit, wer wie mit Zeit umgeht – nicht nur im Arbeitsleben, sondern auch im Privaten.

Zum dritten geht es darum, wer eigentlich in der Gesellschaft und im Berufsleben entscheidet, wie wir zusammenleben und wie wir arbeiten. Da stellt sich zum einen die Frage, wieviel Frauen sind eigentlich in Vorständen, in Aufsichtsräten? Warum können Unternehmen immer noch den Frauenanteil in ihrem Aufsichtsrat oder Vorstand bei Null halten? Zum anderen: Wieviele Frauen sind in den Parlamenten? Darüber haben wir DGB-Frauen lange diskutiert und uns dann entschieden, Initiativen für Paritätsgesetze zu unterstützen. Wir sind überzeugt davon: Wenn Frauen in den Parlamenten entscheiden, wie die Rahmenbedingungen für unser Zusammenleben sind, unterstützt dies Frauen auch in anderen Bereichen. Ihre Lebenserfahrung soll in den Parlamenten genauso zum Tragen kommt wie die von Männern.

In Brandenburg ist das schon erfolgreich, hier gilt Halbe-Halbe für den künftigen Landtag: Parteien müssen immerhin auf ihren Landeslisten gleich viele Männer und Frauen aufstellen. Wir erwarten von der Berliner Landesregierung auch ein solches Gesetz – im Abgeordnetenhaus sind aktuell so wenig Frauen vertreten wie seit 16 Jahren nicht mehr! Aber es gibt leider noch kei-

nen gemeinsamen Entwurf der Koalition. Es gibt Eckpunkte der Grünen und einen Entwurf der LINKEN sowie eine Debatte zwischen den frauenpolitischen Akteurinnen der drei Parteien, die die Koalition tragen. Bei den Grünen und den LINKEN sind die Listen quotiert und in ihren Fraktionen sitzen auch gleich viele Frauen wie Männer. Die SPD hat ein Verfahren mit einer Quotierung, die zumindest nah an der Hälfte dran ist – der Frauenanteil liegt hier bei rund 40%. Aber insgesamt sehen wir trotzdem, dass der Frauenanteil in den Parlamenten bei der letzten Wahl abgenommen hat – in Berlin genauso wie in Brandenburg. Weil eben nicht alle Parteien gleich viele Männer und Frauen aufstellen.

Betriebliche Fragen lassen sich nicht vom sozialen Wertewandel trennen, wie die Veränderung der alten Rollenverteilung, sprich mehr Verantwortlichkeit der Väter für Kinder und Haushalt. Aus den Betrieben wird berichtet, dass gerade viele junge Leute, Frauen und Männer, das Bedürfnis nach mehr Zeit für das Leben mit Familie artikulieren; damit ist das Thema Arbeitszeitverkürzung angesprochen.

Das sehen wir konkret in den Arbeitskämpfen. Die IG Metall hat in der letzten Tarifrunde das Thema Arbeitszeit offensiv nach vorn gestellt. In dem Forderungskatalog war völlig klar: Es geht nicht nur um steigende Gehälter, sondern genauso um mehr Freizeit. Sehr spannend finde ich, dass die Wahlmöglichkeit, zusätzliches Geld in zusätzliche Freizeit umzutauschen, sehr stark genutzt wird. Ganz viele Kolleginnen und Kollegen sagen, wir wollen lieber mehr freie Zeit. Wir haben jetzt auch mit Blick auf die Tarifrunde Öffentlicher Dienst genau diese Debatte, ob nicht das Thema Arbeitszeit ganz nach vorn gestellt werden müsste. Es spielt jedenfalls in den Arbeitskämpfen und in den Tarifverhandlungen eine viel größere Rolle als früher.

Gleichzeitig sind alte Rollenbilder noch ziemlich hartnäckig. Wenn Väter längere Elternzeit nehmen wollen, stellen sie sich oft die Frage, was das für Konsequenzen haben könnte. Es gibt Studien, die zeigen, dass sich bei Männern lange Elternzeiten im Lebenslauf eher nachteilig auf ihre Chancen in Bewerbungsverfahren auswirken. Offenbar wird damit unterstellt, dass sie das Berufliche nicht genug ins Zentrum stellen. Umgekehrt ist es bei Frauen. Wenn sie im Lebenslauf eine kurze Elternzeit haben, wird angenommen, dass sie zu ehrgeizig sind oder sich zu wenig um ihre Familie gekümmert haben, was negativ gewertet wird.

Leider ist der Einfluss von rückwärtsgewandten Rollenbildern stärker geworden. Wenn man sich anschaut, was für ein Leitbild die AfD von familiärem Zusammenleben hat, wird man zurückgeworfen in die 1950er Jahre. Im AfD-Grundsatzprogramm steht, dass sich die AfD zur traditionellen Familie als Leitbild bekennt und dass Frauen, die sich auf ein Leben als Hausfrau und Mutter konzentrieren, mehr geschätzt werden müssten. Außerdem untergrabe die zunehmende Betreuung in Kitas und Ganztagsschulen die Familie als wertgebende Grundeinheit. Die Tatsache, dass Frauen vermehrt am Arbeitsleben teilnehmen, wird also als Bedrohung für das Familienleitbild wahrgenommen.

Das steht unseren Bestrebungen, Frauen in den Betrieben und im gesamten Leben insgesamt mit den gleichen Chancen wie Männer zu positionieren, diametral entgegen. Insofern ist die Entwicklung sehr widersprüchlich: Insgesamt wird mehr über Zeit, über gerechte Arbeitsaufteilung, über unser Zusammenleben gesprochen – aber es gibt eben auch ein Erstarken von sehr rückwärtsgewandten Rollenbildern, was uns zu schaffen macht.

Interessanterweise wird die AfD von deutlich weniger Frauen gewählt als von Männern.

Das ist auf jeden Fall sehr rational. Denn das, was die AfD sich als Programm für Frauen vorstellt, steht diametral den Interessen und Entwicklungsmöglichkeiten für Frauen entgegen. Deswegen wählen auch weniger Frauen die AfD. Trotzdem ist sie relativ stark und natürlich haben die Bilder, die sie zeichnet, gesellschaftlichen Einfluss.

Aber auch junge Frauen äußern, dass Familie für sie eine verlockende Perspektive ist und sie sich gar nicht so einbringen möchten in die Arbeitswelt.

Auch das gibt es. Einerseits werden Frauen, die etwas erreichen wollen, in bestimmten Situationen daran gehindert. Andererseits gibt es Frauen, die ein herkömmliches Rollenbild aktiv leben und sich darauf zurückziehen. In unsicheren Zeiten mag dieser Effekt wieder stärker werden, da der Rückzug ins Familiäre durch die Ängste, wie sich die Arbeitswelt entwickelt, auf den ersten Blick attraktiv erscheint. Wir ermutigen allerdings Frauen zu sagen: »Familie ist nicht alles. Ich will auf Augenhöhe mit anderen Männern und Frauen eine Perspektive im Arbeitsleben suchen.«

In Bezug auf die Rollenteilung lassen sich Unterschiede in West und Ost wahrnehmen. Die Lebenseinkommen von Frauen sind aufgrund damaliger hoher Beschäftigungsquoten in der DDR höher. *Wie siehst du da die Entwicklung in Ostdeutschland?*

Auf jeden Fall merkt man noch deutlich, dass es eine andere Tradition im Osten gibt, da eine ganz andere Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben schon erreicht war und ist. Nach wie vor erscheint es im Osten normaler, dass Frauen nach der Erziehungspause relativ schnell wieder arbeiten gehen, dass es auch eine gesellschaftliche Erwartung gibt, dass sie eben nicht zu Hause bleiben und sich zurückziehen, sondern am Arbeitsleben teilnehmen. Die Gleichverteilung von Aufgaben wie Pflege und Erziehung zwischen den Geschlechtern ist allerdings leider im Osten auch nie gelungen. Kolleginnen aus dem Osten berichten oft, dass sie zwar gleichberechtigt am Arbeitsleben teilgenommen, aber sich dann nach Feierabend vorrangig um Einkäufe, Haushalt, Familie gekümmert haben. Daher war das auch nur eine halbe Realisierung dessen, was wir an gleicher Aufteilung im Arbeitsleben und im Privaten erwarten.

Sonja Staack ist seit Januar 2018 stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg, dort vor allem befasst mit den Themen öffentlicher Dienst, Gleichstellung, Bildung und Internationales. Sie ist zugleich alternierende Vorsitzende des Landesausschusses für Berufliche Bildung in Brandenburg.

Für *Sozialismus.de* diskutierten *Stephanie Odenwald* und Klaus *Kohlmeyer*.

In der aktuellen Frauenbewegung wird diskutiert, dass der Reproduktionsbereich bisher im Vergleich zu den Arbeitsverhältnissen in der Produktion vernachlässigt wurde. Daher habe sich im Bereich der Reproduktionsarbeit ein großes Protestpotenzial entwickelt. Wie sind deine Erfahrungen damit? Auf welche Gruppen setzt du besondere Hoffnungen?

Ich glaube, dass sich viele unter den jüngeren Frauen nicht damit abfinden, den größeren Teil von unbezahlter Arbeit wie Erziehung, Pflege und Haushalt zu machen. Sie stellen das sehr selbstbewusst infrage, wie die verstärkten Protestbewegungen zeigen, beispielsweise die Frauentags-Demos. Auch in anderen Ländern ist die Frauenbewegung wieder stärker geworden und macht die geschlechtsspezifische Rollenteilung öffentlich zum Thema: Wie leben wir zusammen? Wer macht die Reproduktionsarbeit? Wer macht den Teil der Arbeit, der eher unsichtbar ist? Darin liegt eine Chance sowohl für die Frauenbewegung als auch für die Gewerkschaften, die Verteilung von Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit gleichermaßen auf die Tagesordnung zu setzen. Für uns ist klar: Das sind zwei Seiten einer Medaille.

Wir haben in den letzten Jahren eine riesige Streikbewegung in den Kitas und heftige Arbeitskämpfe in der Krankenpflege gehabt. Arbeitskämpfe sind dadurch im öffentlichen Bild weiblicher geworden. Das ist gut so! Man denkt beim Stichwort Streik nicht mehr nur an Facharbeiter auf einem Hafengelände oder in der Industrie, sondern an Frauen in typischen Frauenberufen, die auf die Straße gehen und sehr selbstbewusst für Verbesserungen kämpfen.

Die Kitas sind dabei wie ein Brennglas für die verschiedenen Themen der Frauenbewegung: Sie sind ein Bereich, in dem viele Frauen Arbeit finden, aber mit einer viel schlechteren Bezahlung als in vielen typischen Männerberufen. Die Geschlechterprägung dieses Berufs wurde in den Streiks offensiv zum Thema gemacht. Die Kolleginnen haben gefordert, Diskriminierung zu beenden und typische Frauenberufe aufzuwerten. Das hat eine neue Qualität. Die streikenden Erzieherinnen sind damit auch Wegbereiterinnen dafür, dass Frauen in anderen typischen Frauenberufen für ihre Rechte und für faire Gehälter kämpfen.

Außerdem sind Kitas unentbehrlich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es sind eben weiterhin meist Frauen, die den Hauptteil der Erziehungsarbeit machen. Sie sind deshalb besonders darauf angewiesen, dass es gute Kitas gibt, damit sie wieder in den Job zurückgehen können, alleinerziehende Frauen natürlich ganz besonders. Und die Kita-Streiks waren nicht zuletzt deswegen erfolgreich, weil es eine starke Eltern-Bewegung gab, die diese Streiks unterstützt hat, die offensiv dafür eingetreten ist, dass wir bedarfsdeckend gute Kitas brauchen.

Ohne attraktivere Arbeitsbedingungen wird das nicht gelingen. Auch bei den Eltern waren es wieder viele Frauen, die vorangegangen sind und diese Bewegung geprägt haben. Das ist ein tolles Beispiel, von dem man einiges lernen kann.

Die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen ist also wichtig für die Durchsetzungsfähigkeit – und zwar im doppelten Sinne: für die Beschäftigten selbst wie für den Ausbau der sozialen Infrastruktur, um Arbeit und Privatleben besser zu vereinbaren.

Genau! Auch bei den Krankenhausstreiks erleben wir, dass soziale Bündnisse die Solidarität für diese Streikbewegung organisieren. Bürgerinnen und Bürger sagen: Wir wollen ein gutes Gesundheitssystem und unterstützen deswegen die Streikbewegung im Klinikum im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und für mehr Personal. Arbeitskämpfe haben sich gerade im Bereich sozialer Dienstleistungen verändert, indem sie viel stärker auf gesellschaftliche Bündnisse setzen und damit natürlich ganz andere Erfolge erreichen können.

Besonders schwerwiegend ist der desolate Zustand der gesellschaftlichen Infrastruktur, der erschwert, Beruf und Familie zu vereinbaren, wie im Bereich der Altenpflege.

Sorgearbeit ist noch immer eine typische Frauenarbeit, die in großem Maß unbezahlt im Privathaushalt gemacht wird. Und wenn sie als bezahlte Dienstleistung ausgelagert ist, wird sie häufig so schlecht bezahlt, dass wiederum Frauen um eine angemessene Wertschätzung ihrer Arbeit geprellt werden. In der Pflege treffen wir häufig polnische Frauen, die diese Arbeit unter ganz schlechten Bedingungen und teilweise in 24-Stunden-Erreichbarkeit leisten. Wir versuchen, dies anzugehen, zum Beispiel über die Einrichtung von Beratungsstellen und über eine engere Ko-



Berlin, Charité-Streik, 30.6.2015 (dpa)

operation mit den polnischen Gewerkschaften. Dabei kommt es zu allererst darauf an, dass die Kolleginnen ihre Rechte kennen – nur dann können sie sie auch einfordern. Häufig gibt es ganz wenig Wissen über das Arbeitsrecht in Deutschland, es gibt wenig Kontakte zu Institutionen, die unterstützen könnten. Denn eine hohe Hürde besteht darin, sich in einem Land, in dem man vorher nicht gelebt hat, arbeitsrechtlich und womöglich in einem Gerichtsverfahren durchsetzen zu müssen. Da müssen wir auf jeden Fall die Unterstützungsysteme noch ausbauen. Und wir müssen die Frage stellen, welche Rolle Agenturen spielen, die solche Jobs vermitteln: Müssen wir nicht viel genauer hingucken, was für Jobs da vermittelt werden, welche Arbeitsbedingungen einerseits geboten und andererseits kommuniziert werden? Das ist aber eine Debatte, in der wir in Deutschland noch ganz am Anfang stehen.

Außerdem müssen auch die Rechte der Pflegebedürftigen gestärkt werden. Nicht zuletzt ist die Finanzierung so zu verbessern, dass daraus anständige Arbeitsbedingungen bezahlt werden können. Wir sind leider noch weit entfernt von einem öffentlichen Pflegesystem, das den tatsächlichen Bedarf abdecken kann. Und Pflege wird noch immer nicht voll als öffentliche Aufgabe anerkannt: Es gibt zwar inzwischen die Pflegeteilversicherung, das ist ja schon ein großer Schritt; aber es ist eben noch keine Vollversicherung. Die Pflege ist weiterhin eine Aufgabe, die teilweise der Familie und dem persönlichen Umfeld zugeschoben wird. Also geht es natürlich auch um viel Geld, wenn man das ändern will.

Sorgearbeit wird in Deutschland sehr unterschiedlich organisiert, es gibt staatliche, kirchliche und private Träger. Gibt es da Unterschiede, was die Situation der Beschäftigten und ihren Widerstand angeht?

Leider ist gerade im sozialen Bereich in den letzten Jahrzehnten eine Politik betrieben worden, die Dienstleistungen aus dem staatlichen Bereich ausgelagert hat, um sie über freie Träger billiger zu realisieren. Dagegen hat sich seit ein paar Jahren eine starke Gegenbewegung formiert, die versucht, sich wieder an die Standards des öffentlichen Dienstes heranzukämpfen. In Brandenburg haben wir aktuell Arbeitskämpfe in einem Krankenhaus nach dem anderen – immer mit der Forderung: Wir wollen den Anschluss an die Tarifverträge im öffentlichen Dienst wiederfinden. Wir haben jetzt das erste Krankenhaus in Brandenburg an der Havel, in dem eine Streikbewegung erkämpft hat, dass die Tarife des Öffentlichen Dienstes voll bezahlt werden.

Auch bei den freien Kitas gibt es zunehmend Arbeitskämpfe, wie z.B. in Berlin die Warnstreiks beim humanistischen Verband oder bei der Arbeiterwohlfahrt. Die Anhebung an die Standards des Flächentarifs durchzukämpfen, ist angesichts der vielen eher kleineren Träger wahnsinnig aufwändig. Es braucht Zeit, bis man sich Arbeitgeber für Arbeitgeber durchgekämpft hat. Und der Weg ist noch ziemlich weit: Ganz viele freie Träger sind eben nicht mehr im Flächentarif, sondern unterbieten ihn in unterschiedlichem Maß.

Dass Frauen aktiv werden und ihre Stimmen erheben, hat auch etwas mit dem Thema Sexismus zu tun, mit der #Metoo-Bewegung. Kümmert sich der DGB auch um dieses Thema?

Na klar! Zuallererst ist sexuelle Belästigung natürlich ein Thema in den Betrieben, also ein Thema der Betriebs- und Personalräte. Es geht darum, Betriebsvereinbarungen zu schließen, über Verfahren zu reden, »was passiert, wenn …«. Aber es geht auch darum, überhaupt auf das Thema aufmerksam zu machen und Sensibilität zu schaffen, eine Kultur des Hinschauens zu etablieren. Meine Wahrnehmung ist, dass das Thema Gewalt gegen Frauen insgesamt öffentlich wieder stärker angesprochen wird. Rund um den Internationalen Frauentag haben Frauen in vielen Ländern auf Übergriffe und auf Frauenmorde aufmerksam gemacht. Und das ist gut so: Wir dürfen uns nie damit abfinden, dass Frauen Gewalt erfahren, weil sie Frauen sind.

Die Ausweitung prekärer Arbeit ist ein Merkmal einer umfassenden Transformation der Arbeit und der damit zusammenhängenden Lebensverhältnisse –Digitalisierung, sozial-ökologische Transformation, Globalisierung sind die Stichworte. Diese Transformation führt zu gravierenden Veränderungen in den Betrieben und damit in der beruflichen Arbeit, Ausbildung und Weiterbildung. Welche Chancen gibt es, die Arbeitswelt sozialer zu gestalten, sowohl für Frauen wie auch für Männer?

Grundsätzlich ist jeder Umbruch eine Chance, das System durchzurütteln und etwas aufzubrechen. Ich glaube allerdings, dass im Moment viele Kolleginnen und Kollegen mit großer Sorge auf den Strukturwandel gucken. Aus Angst um den eigenen Arbeitsplatz, um die eigene soziale Absicherung und um steigende Mieten werden aber nur schwer mutige neue Konzepte und Leitbilder geboren. Es eine riesige Herausforderung, den Sozialstaat und betriebliche Arbeitsbedingungen so aufzustellen, dass es insgesamt Zuversicht in den Wandel geben kann: Dass alle das Gefühl haben, niemand wird zurückgelassen, alle sind Teil dieses Wandels und es lohnt sich, sich in die Debatte einzubringen, wo es hingehen soll.

Wir sehen bereits deutlich, dass das Thema Arbeitszeit in allen Gewerkschaften und in verschiedensten Branchen wieder eine große Rolle spielt. Es geht um die Frage, ob wir die Umbrüche in der Arbeitswelt dafür nutzen können, neue Standards einzuziehen: eine kürzere Vollzeit, die dann ermöglicht, dass alle einen Job, aber auch mehr Freizeit haben. Ich bin überzeugt davon, dass das für viele Menschen – Männer wie Frauen – ein überzeugendes Leitbild ist. Aber wir brauchen den Mut, daran zu glauben, dass wir das auch wirklich hinkriegen können. Nichts wird funktionieren, wenn die Arbeit so schlecht bezahlt ist, dass man von einer kürzeren Vollzeit nicht leben kann. Deswegen nimmt uns der riesige Niedriglohnsektor teilweise die Luft, um diese wichtige Debatte zu führen. Wir müssen also dafür sorgen, dass man ohne ausufernde Arbeitszeiten ordentlich von einem Job leben kann – durch einen höheren Mindestlohn, durch mehr Tarifbindung, durch allgemeinverbindliche Tarifverträge. Das geht nur mit starken Gewerkschaften.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

❒ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
Plz, Ort

_____
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de





